

**ANFRAGE** von Barbara Franzen (FDP, Niederweningen) und Stefan Schmid (SVP, Niederglatt)

betreffend Spitalliste und ADUS-Klinik: Es stellen sich Fragen (II)

---

Bekanntlich hat der Regierungsrat kürzlich die Zürcher Spitalliste verabschiedet. Wie kürzlich durch den Zürcher Unterländer berichtet wurde, wehrt sich die ADUS-Klinik in Dielsdorf nun juristisch gegen die Streichung von der Spitalliste. In diesem Zusammenhang stellen wir dem Regierungsrat folgende Fragen:

1. Die ADUS-Klinik behandelt 90% allgemeinversicherte Patientinnen und Patienten, ist damit Spitzenreiter mit fast um die Hälfte mehr OKP-Patientinnen und Patienten als die kantonalen Spitäler im Schnitt (66%). Mit dem Entscheid der Regierung werden Allgemeinversicherte aus dem Einzugsgebiet Dielsdorf im Vergleich zu Zusatzversicherten damit überdurchschnittlich hart getroffen. Wie beurteilt der Regierungsrat seinen Entscheid im Hinblick darauf, dass dieser den Bezirk Dielsdorf nicht nur regional, sondern die Bevölkerung des Bezirks auch sozial trifft?
2. Im Strukturbericht wird widersprüchlich festgehalten, dass die ADUS-Klinik als einziges Spital des Bezirks Dielsdorf kein relevantes Wachstum regional erreichen könne. Im selben Strukturbericht ist gleichzeitig von einem Wachstum bis 2032 von +18% die Rede. Wie erklärt der Regierungsrat diesen Widerspruch und wie erklärt er die Tatsache, dass diverse Spitäler in das Zürcher Unterland drängen?
3. Im Strukturbericht wird behauptet, dass Patienten und Personal der ADUS nach Schliessung an besser geeigneten Einrichtungen behandelt werden bzw. effizienter eingesetzt werden könnten. Der geneigte Leser zieht daraus falsche Schlüsse, welche im Widerspruch zur hohen Mitarbeiterzufriedenheit und Behandlungsqualität stehen.
  - a. Wie denkt der Regierungsrat über diese höchst problematische, ja sogar rufschädigende Unterstellung gegenüber der ADUS-Klinik?
  - b. Erachtet er solche Äusserungen als förderlich gegenüber Marktbegleitern im Gesundheitswesen?
  - c. Erachtet er solche Aussagen als förderlich für die eigene Glaubwürdigkeit, zumal er der betroffenen Klinik den Auftrag vorübergehend weiter erteilt?
4. Die ADUS-Klinik hat während der Vernehmlassung die Bereitschaft signalisiert, dass das Leistungsspektrum angepasst werden kann. Auch an einem öffentlichen Podium wurde von ADUS-Klinik und dem Gesundheitszentrum Dielsdorf gegenüber der Vertretung der GD dargelegt, dass man beispielsweise im Bereich «Notfall» gemeinsam Lösungen entwickeln werde.
  - a. Wie erklärt der Regierungsrat, dass sämtlichen anderen "Wackelkandidaten" die Möglichkeit gewährt wurde, ihre Angebote anzupassen, nur der ADUS-Klinik nicht?
  - b. Hat er der ADUS-Klinik die Chance gegeben darzulegen, wie zukünftige Lösungen aussehen könnten?
5. Laut dem Strukturbericht der GD Zürich erfüllt die ADUS-Klinik die Hauptkriterien zum Erhalt von Leistungsbewilligungen – Wirtschaftlichkeit, Erreichbarkeit und Qualität. Im Nachgang wurden andere Nebenkriterien scheinbar stärker gewichtet, wie z.B. Ausbildung und Notfallstation. Wie die NZZ in einem ausführlichen Artikel berichtete, werden diese Kriterien von einer Reihe anderer Spitäler nicht und zum Teil schlechter als in der ADUS-Klinik erbracht, aber ohne negative Konsequenzen bezüglich Spitalliste.

- a. Wie hat der Regierungsrat die verschiedenen Kriterien gewichtet (Bitte um Aufschlüsselung)?
  - b. Wie erklärt sich der Regierungsrat, dass diverse andere Marktbegleiter, welche Kriterien wie Notfall und Ausbildungsplätze nicht erfüllen, Leistungsaufträge weiterhin erhalten?
  - c. Kann der Gesamtregierungsrat bestätigen, dass rechtsstaatliche Prinzipien eingehalten wurden und die Spitalliste juristisch nicht kassiert wird?
6. Die Unterländer Bevölkerung hat sich auf vielen Ebenen gegen die Schliessung der ADUS-Klinik ausgesprochen. In einer Reihe von persönlichen Briefen, Leserbeiträgen in Zeitungen und einer Petition mit deutlich über 7000 Unterstützern, haben sich die Unterländer für eine kosteneffektive, qualitativ hochstehende und wettbewerbsorientierte Versorgung und gegen eine defizitäre und in der Stadt konzentrierte Spitallandschaft ausgesprochen. Diverse Personen aus den Gemeindeexekutiven, der politischen Parteien oder aus den Gemeindebehörden haben sich zur Sachlage geäußert, ohne materielle Rückmeldung dazu erhalten zu haben.
- a. Inwieweit wurde diese Mitwirkung von der Zürcher Regierung gewürdigt?
  - b. Erachtet der Regierungsrat mit seinem Beschluss zur Spitalliste die Kommunikation gegenüber den diversen Exponenten und Organisationen des Bezirks Dielsdorf als erledigt?

Barbara Franzen  
Stefan Schmid